

Brief aus dem Nationalrat : mit "weniger Staat" gegen ein neues Parlamentsgebäude?

Autor(en): **Leemann, Ursula**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **86 (1992)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-143707>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Mit «weniger Staat» gegen ein neues Parlamentsgebäude?

In der April-Nummer 1992 der Neuen Wege hat *Hans Steiger* etwas sarkastisch über die Pläne zu einem neuen Parlamentsgebäude geschrieben. Ich möchte seinen Betrachtungen einiges beifügen – nicht, um Hans zu widerlegen, er hat ja in vielem recht; oder weil mich das Parlamentsgebäude im heutigen Zeitpunkt so ungemein wichtig dünkte. Vielleicht, um mein Ja in der Fraktion zu diesem Projekt zu erläutern, sicher, weil ich die Diskussionen rund um dieses Projekt als irgendwie typisch empfinde.

Kein Nutzen in Franken und Rappen, aber...

Die von Hans angeführten Zitate aus der NZZ anlässlich der Einweihung des jetzigen Bundeshauses im Jahre 1902 kommen in verblüffender Weise der heutigen Stimmung entgegen, beispielsweise wenn von einer «gewissen Unzufriedenheit des Volkes mit dem Parlament» die Rede ist. Und wenn damals vom «Mausoleum des absterbenden Parlamentarismus» gesprochen wurde, so kommt mir natürlich auch *Parkinson* in den Sinn, der mit seinen vor rund 30 Jahren formulierten «Gesetzen» in satirisch überspitzter Form jeweils einen Kern von Wahrheit getroffen hat. Er hält zum Beispiel fest, dass Institutionen, die sich äusserlich gesehen perfekt und definitiv einrichten, bereits den Zenit ihrer Lebenskraft überschritten haben... Nun ist das Parlament natürlich trotz des Palastes von 1902 nicht abgestorben. Dass es aber heute überbeansprucht und schwach gegenüber Exekutive und Verwaltung ist, dass es das Volk nur schlecht repräsentiert und deshalb der *Reformen dringend* bedarf, wird von den wenigsten bestritten. Stimmungsmässig spricht also vieles für Reformen, aber ebenso für Bescheidenheit und damit für den Verzicht auf ein repräsentatives Gebäude. Trotzdem empfinde ich etwas an dieser Stimmung als unstimmig.

Die *finanzielle Situation* des Bundes lässt heute ein Bundeshausprojekt zum vornherein als unrealistisch erscheinen. Ist dies eine ausreichende Begründung, die Sache kommentarlos fallen zu lassen? Bei den Sparübungen und bei der Behandlung des Sanierungsprogrammes stellt sich mir ja ununterbrochen die Frage nach der Priorität und dem Kosten/Nutzen-Verhältnis einer Ausgabe. Es ist eine schwierige Frage, insbesondere dort, wo der Nutzen nicht oder nicht ausschliesslich in Franken und Rappen berechnet werden kann. Und es kommt darauf an, was womit verglichen wird. Weshalb soll ich ein neues Parlamentsgebäude nicht in diesem Rahmen zu beurteilen suchen? Vielleicht schneidet es gar nicht so schlecht ab... Natürlich darf es nicht auf Kosten von Sozialleistungen erstellt werden. Aber leisten wir uns denn nicht *andere Investitionen*, trotz aller Finanzknappheit? Beispielsweise Verwaltungsbauten, wo das Resultat in bezug auf Arbeitsplätze und Staatsquote nicht wesentlich anders sein dürfte. Und militärische Bauten oder Strassen, die nicht nur weniger Arbeitsplätze schaffen, sondern auch sehr viel massivere Umwelt- und Landschaftsschäden zur Folge haben.

Interessanter dünkt mich aber eigentlich der *gesellschaftliche Aspekt*. Bauten sind Ausdruck einer Gesellschaft, Spiegel ihrer Kultur, ihrer Struktur und ihrer finanziellen und technischen Möglichkeiten. Diejenigen unserer Umgebung bestimmen zu einem wesentlichen Teil unsere Befindlichkeit.

Zu den repräsentativen und monumentalen Bauwerken der Vergangenheit, von den ägyptischen Pyramiden über die mittelalterlichen Kathedralen bis zu den Schlössern des 18. Jahrhunderts, haben wir meist ein eher gespaltenes Verhältnis. Neben der Bewunderung für die kulturelle und handwerkliche Leistung steht Ablehnung wegen der erforderten hierarchischen Strukturen und der ausbeuterischen Arbeit. Das Repräsentativa-

tive als Selbstdarstellung der Macht stört unser demokratisches Empfinden.

Bei den Bauwerken unserer Zeit ist die Bewertung schwieriger. Der Einwand gegen die feudalen Strukturen entfällt im demokratischen und einigermaßen sozialen Staat. Dafür haben Grossbauten infolge der modernen Technik ein ungleich grösseres *zerstörerisches Potential*. Zuviel von der historischen Substanz in unseren Städten und Dörfern, zuviel Land ist bereits den Strassen und Bauten unterschiedlichster Art geopfert worden, als dass wir nicht sehr kritisch reagieren müssten. Und wenn wir an Stauseen, Atomkraftwerke, Flugplätze oder Autobahnen denken, ist erst recht grundsätzliche Skepsis gegen alles irgendwie Monumentale angezeigt. Heisst das nun, dass wir überhaupt nichts Grösseres mehr bauen dürfen? Mich dünkt diese Haltung zu defensiv.

Soll der Staat sich aufs Restaurieren beschränken?

Es lohnt sich dabei wohl, nochmals zurückzuschauen. Das heutige Bundeshaus gehört zu einer Reihe von prägenden öffentlichen Bauwerken der letzten Jahrzehnte des 19. und der ersten des 20. Jahrhunderts. In Zürich wären etwa ETH und Uni, mehrere Schulhäuser wie das «Rämibühl», das Opernhaus und verschiedene Bahnhöfe aus dieser Zeit zu erwähnen. Widerstand in der Bevölkerung war offenbar auch damals vorhanden, die Eingangszitate sprechen davon. Trotzdem zeugen diese Bauwerke von einem bemerkenswerten *Selbstbewusstsein des noch jungen demokratischen Staates*, sie zeugen vom Glauben an die Zukunft, an die Wichtigkeit von Bildung, Wissenschaft und Technik. Ob sie uns im Einzelfall gefallen, ist unwesentlich; jedenfalls prägen sie die heutigen Stadtbilder, und, entstanden an der Peripherie, belassen sie die historischen Stadtkerne intakt.

Und heute? Zürich hat in den letzten zwanzig Jahren moderne Hochschulgebäude erhalten; es sind für mich gelungene Bauwerke, wenn auch kaum Repräsentativbauten. Seit etlichen Jahren sind die Politiker davon überzeugt, dass die Kredite für die Uni Irchel in einem etwas späteren Zeitpunkt keinerlei Chance mehr gehabt hätten. So wie die vor wenigen Jahren schüchtern

geäusserten Ideen für ein neues Rathaus sehr schnell als völlig unrealistisch vom Tisch gefegt worden sind. Denn die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sind ja misstrauisch geworden. Nun frage ich mich aber: Folgen sie hier vielleicht auch einfach allzu unbesehen dem Motto «weniger Staat»? Der bürgerliche Spruch ist von seinen Urhebern immer sehr selektiv angewandt worden: vorab im politischen, planerischen und kulturellen Bereich. *Zerstörerisches Bauen* von Staat und Privaten geht weiter; neue Repräsentativbauten können sich allenfalls Grossbanken leisten. Der Staat hat für die möglichst perfekte Restaurierung wertvoller Objekte der Kultur (und der Natur) zu sorgen, selbst dort, wo es nur noch Fassaden zu retten gibt; beim Neuen aber in diesem Bereich hat er sich zu bescheiden. Dagegen wehre ich mich. Ich möchte dem positiv etwas entgegensetzen. Wenn dies umweltpolitisch nicht zu hundert Prozent lupenrein ist, möge Hans mir verzeihen.

Über Stil und Ästhetik lässt sich streiten. Die vorliegenden Skizzen zum Bundeshausprojekt genügen natürlich nicht – ich wünschte mir nur, dass sie weiterverfolgt und nicht einfach abgeschrieben würden. Natürlich braucht es allen Respekt für das Gewachsene; gleichzeitig ist aber eine intensive *Auseinandersetzung mit neuen Ideen* notwendig. Und es braucht dann vor allem auch Selbstsicherheit, um im politisch, städtebaulich und kulturell wichtigen Bereich Neues neben Bewährtem zu realisieren. Unser Glaube an die Wissenschaft und die Technik ist zwar nicht mehr ungebrochen, und absolute Garantien für das Gelingen eines Werkes gibt es nicht. Aber sich aufs Restaurieren zu beschränken und auf jeden etwas kühneren Wurf zu verzichten, während im übrigen der Allerweltsstil des technischen Zeitalters fröhlich weiterwuchert, scheint mir ein schlechtes Rezept. Ich wünsche unserem Staat gerade in diesem Bereich mehr Selbstbewusstsein; andernorts zeigt er dieses ja zur Genüge.

Mich dünkt, dass nur wenige Begriffe verändert werden müssten, um mit diesen Betrachtungen andere Gebiete der Politik zu beschreiben: beispielsweise die Landwirtschaft oder die Europadebatte...

Ursula Leemann